

Bauern fordern Planungssicherheit und Wertschätzung

Gerd Eisenbeiß, im Januar 2024

Die aktuellen Bauerproteste, ausgelöst durch einige Subventionskürzungen, regen mehr zum Aufregen als zum Nachdenken an. Auch die Antwort der Politik ist unverständlich mild.

Die Forderung von „**Wertschätzung**“ ist eine Kampfparole. Sie klingt so edel, soll aber nur verschleiern, dass es um Geld geht, und schafft das in der Regel auch. Wer traut sich schon zu sagen: „So ein weinerlichen Quatsch! Wir wertschätzen euch so wie alle anderen auch! OK?“. Da könnte ja jede Branche mit der Klage kommen und sagen „Wir wollen doch nur Wertschätzung!“ - demnächst auch die Lokführer und Piloten?

Noch unverständlicher ist die Forderung nach **Planungssicherheit**. Die hätte jeder gern! Leider haben Covid, Putin und Hamas alle Planungen über den Haufen geworfen. Unternehmer, und das wollen Bauern ja sein, haben selbst in normalen Zeiten keine „Planungssicherheit“, noch viel weniger in Zeiten wie diesen.

Es geht beim Diesel um grob 25€/ha für eine Branche, die nur durch Subventionen von allen Ebenen des Staates EU, Bund, Land unterhalten wird, eine Branche, die seit 1950 stetig an Produktion gewachsen ist und dabei Stück für Stück an Betrieben und Arbeitsplätzen, geschrumpft ist und in diesem Sinne wohl weiter schrumpfen wird. Dagegen hilft keine Romantisierung von kleinen Familienbetrieben, möglichst nebenan. Denn auch wenn der Trend erfreulicherweise in Richtung ökologischen Landbaus geht und tierethischer Fleischerzeugung, dieser Trend kann und ist in Großbetrieben mindestens ebenso gut organisierbar wie in kaum kontrollierbaren Kleinbetrieben.

Und dann sind da noch die Klagen über die „**Bürokratie**“. Immer wenn da etwas Konkretes genannt wurde, wurde klar, dass ökologische und tierethische Vorschriften gemeint waren - und natürlich auch der Klimaschutz. Das ist aber eben keine Bürokratie, sondern die von den Bürgern geforderte Politik, Schluss zu machen mit der Ausbeutung der Böden und der Tiere.

Natürlich ist die nationale Landwirtschaft keine verzichtbare Branche; gerade bei der Ernährung ist jederzeitige **Versorgungssicherheit** extrem wichtig. Gäbe es die gemeinsame EU-Agrarpolitik mit ihren Subventionen nicht, würden nicht nur Agrarbetriebe untergehen und Arbeitsplätze wegfallen, sondern auch die verbrauchsnahe Produktion von Getreide, Gemüse, Obst, Milch und Fleisch im eigenen politischen Raum. Daher ist es schon richtig, den Agrarsektor zu subventionieren, damit er nicht vom deutlich billigeren Weltmarkt weg gewischt wird.

Diese Einsicht ist allenthalben vorhanden - keine andere Branche bekommt so viel Wertschätzung - und das nicht nur verbal, sondern in zig tausend Euro pro Betrieb konkret. Aber die geforderte Planungssicherheit müssen sich die Bauern schon in Moskau und beim amerikanischen Wähler abholen.

Die Bundesregierung jedenfalls hat mit ihrem Manöver „Sondervermögen“ versucht, trotz Sonderlasten einiges zu verstetigen; das von der Union angerufene Bundesverfassungsgericht hat die Planungssicherheit in einem recht unsensiblen Urteil auf höchster Ebene zusätzlich vermindert.

Da kann man sicher kritisieren, wie die Engpässe und Notwendigkeit kommuniziert wurden, die ohne Subventionskürzungen nicht bewältigt werden können; aber solche Gespräche hätten ja kein Geld zur Vermeidung der Agrarkürzungen geschaffen.

Der größte Fehler der Bundesregierung ist meines Erachtens, dass stets behauptet wurde, alles könne trotz der externen Störungen und der ehrgeizigen Klimaschutzpolitik mit Stetigkeit weiter gehen. Das haben nicht nur die Bauern geglaubt!

„Quo usque tandem abutere nostra patientia?“, o Catilina, rief Cato einst in Rom; übersetzt „Wie lange noch, o Olav, strapazierst du unsere Geduld?“, indem du die unabweisbaren Einschnitte in unsere Lebensweise leugnest, statt sie zu erklären.